

Demokratie als Erfolgsgeschichte

GENERALVERSAMMLUNG DER GÖRRES-GESELLSCHAFT

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Heute wählt Deutschland den 17. Deutschen Bundestag. Zum sechsten Mal wird er von allen Deutschen gewählt. Und die Görres-Gesellschaft eröffnet ihre 112. Generalversammlung hier in Salzburg. Wie nicht selten in ihrer langen Geschichte in der befreundeten Nachbarschaft: zum vierten Mal in Salzburg, zum siebten Mal in Österreich. Görres hätte sich über Datum und Ort gefreut. Salzburg, die Stadt des Wolfgang Amadeus Mozart, der Sitz des Erzbischofs von Salzburg, der bis heute den Ehrentitel eines Primas Germaniae trägt, die Hauptstadt des gleichnamigen österreichischen Bundeslandes.

Die Republik Österreich und die Bundesrepublik Deutschland blicken beide auf eine jahrzehntelange Erfolgsgeschichte ihrer demokratischen Verfassungen zurück. Tu felix Austria, das glücklichere Österreich, konnte schon am 1. Mai 1945 seine Verfassung von 1920 in der Fassung von 1929 wieder in Kraft setzen. Aus dem Staat, den nach dem Zerfall der Monarchie keiner wollte, wurde ein Staat, den alle wollten. Österreich wurde zu einem der wohlhabendsten Länder der Welt. 2005 hat die Zweite Republik den 60. Jahrestag gefeiert. Auch wenn alle Versuche, zu einer Verfassungsreform oder gar zu einer neuen Verfassung zu kommen, bisher noch nicht zum Abschluss gekommen sind, der Erfolgsgeschichte der österreichischen Republik tut das keinen Abbruch.

Das deutsche Grundgesetz trat erst vier Jahre später, im Mai 1949, in Kraft. Für den Westen Deutschlands. Es sollte vierzig Jahre dauern, bis es zur Verfassung aller Deutschen werden konnte. Sechzig Jahre Recht und Freiheit, seit zwanzig Jahren Einigkeit und Recht und Frei-

heit für alle Deutschen. Sechzig Jahre Bundesrepublik Deutschland: Eine Erfolgsgeschichte sondergleichen! Auch kritischste deutsche Kommentatoren, die in jeder Suppe ein Haar suchen, können das nicht leugnen. Zu Recht hat Bundespräsident Köhler anlässlich des 60-jährigen Bestehens der Bundesrepublik Deutschland in seiner Rede am 22. Mai dieses Jahres gesagt: „Wir blicken zurück und erkennen: Wir haben viel gelernt und viel geleistet. Wir können stolz sein auf das Erreichte.“

Niemand aus der Kriegs- und der ersten Nachkriegsgeneration hätte es für möglich gehalten. Niemand hat es voraus gesehen. Ein durch den Zweiten Weltkrieg weithin zerstörtes Land ist wieder aufgebaut worden. Zwölf Millionen Vertriebene und Flüchtlinge haben eine zweite Heimat gefunden. In Europa und der Welt nimmt die Bundesrepublik Deutschland längst einen geachteten Platz ein. Wir sind in die Völkergemeinschaft zurückgekehrt – früher als wir es angesichts der Leiden, die in deutschem Namen von Deutschen verschuldet worden sind, erwarten konnten. Wir sind nicht mehr geteilt. Seit mehr als sechzig Jahren lebt unser Volk in Frieden, wie Österreich nur von Freunden als Nachbarn umgeben. Die letzten sechzig Jahre haben uns mehr Frieden, Freiheit, Wohlstand, Sicherheit und Stabilität beschert als je zuvor in unserer Geschichte.

Eine Infratest dimap-Studie, im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung im März dieses Jahres durchgeführt, kommt zu dem Ergebnis: 90 Prozent der Wahlberechtigten sind der Ansicht, dass die Geschichte der Bundesrepublik alles in allem eine Erfolgsgeschichte ist. Zwei Drittel sind „sehr“ oder „ziemlich“ stolz auf die Bundesrepublik. 73 Prozent sind „sehr“ oder „ziemlich“ stolz auf das Grundgesetz. 89 Prozent halten die Bundesrepublik für einen stabilen

27. September 2009

Staat, fast alle Deutschen, 94 Prozent, leben gerne in ihr. Von Demokratieverdrossenheit kann keine Rede sein.

Auch die globale Bilanz kann sich sehen lassen. Die Zahl der Demokratien auf der Welt ist seit 1990 von 80 auf 119 im Jahr 2009 gestiegen. Bei heute 193 von der UNO anerkannten Staaten. Auch wenn die Statistik keine Auskunft über die lebende Verfassung dieser Staaten gibt: Die Demokratie ist – trotz aller, zum Teil berechtigten Unkenrufen – weltweit auf dem Vormarsch. Auch in Lateinamerika und in Afrika. Erinnert sei an den Sturz Slobodan Milošević durch gewaltlose Demonstrationen 2000, an die so genannte „Rosenrevolution“ in Georgien 2003, die „Orangene Revolution“ in der Ukraine 2004, die „Zedernrevolution“ im Libanon 2004 oder an die Demonstrationen im Iran in diesem Sommer. Auch wenn voreilig eine „vierte Welle der Demokratisierung“ ausgerufen wurde – die Beispiele zeigen: Die Opposition, der sich ehemals autoritär geprägte Staaten gegenüber sehen, nimmt zu. Aber vor allem zeigen diese Beispiele den Willen zur Freiheit und zur Demokratie.

Auch beängstigende gegenläufige Tendenzen sind zu beobachten. Das Beispiel China zeigt es deutlich. China, dem häufig aufgrund seiner wachsenden wirtschaftlichen Kraft falsche Bewunderung entgegengebracht wird, wehrt sich gegen jede demokratische Öffnung. Keine Meinungsfreiheit, keine Versammlungsfreiheit, keine unabhängige Justiz, Menschenrechtsverletzungen, willkürliche Verhaftungen von Menschen- und Bürgerrechtlern, Unterdrückung, Todesstrafen.

Der Demokratisierungsschub in den letzten Jahrzehnten hat nicht, wie etwa Francis Fukuyama 1992 meinte prophezeien zu können, zu einem „Ende der Geschichte“ geführt. Sein Bild einer globalen Bewegung zur Demokratie, die „den Endpunkt der ideologischen Evolution der Menschheit“ und daher das „Ende der Geschichte“ bildet, trog. Für die 1988 einsetzende „dritte Welle der Demokratisierung“ hält Marianna Kneuer dagegen differenzierend fest: „Das Ergebnis der Dritten Welle, gut dreißig Jahre nach ihrem Beginn, ist [...] ambivalent: Es sind einige konsolidierte Demokratien hervorgegangen [...], viele Transformationsländer aber haben sich in eine breite Grauzone zwi-

schen Autokratie und Demokratie eingereiht.“ (Handbuch der Katholischen Soziallehre). Mit Blick auf die Bemühungen, demokratische Strukturen in gescheiterten, zersplitterten Staaten zu schaffen, spätestens aber mit dem 11. September 2001 ist die Geschichte „zurückgekehrt“. Unser Modell der Demokratie und der Freiheit sieht sich erneut in der Bewährung.

Demokratie als Herrschaft, die aus dem Volke hervorgeht und durch dieses in seinem Namen ausgeübt wird. „Government of the people, by the people, for the people“, wie Lincoln es 1863 klassisch formuliert hat.

Demokratie, das ist mehr als ein Prinzip des Staatsaufbaus. Sie ist an Wertvoraussetzungen gebunden, die – in Anlehnung an Ernst-Wolfgang Böckenfördes Diktum – sie selbst nicht schaffen kann. Sie lebt von Voraussetzungen, die sie günstigstenfalls hervorbringen, nicht aber a priori garantieren kann. Es sind Voraussetzungen, die die Bürger selbst mitbringen müssen. Hierzu zählen – seit Aristoteles – Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetz, Gerechtigkeit, Solidarität und Verantwortung.

Eine lebendige Demokratie definiert sich nicht nur aus dem Bestand formaler Kriterien, sie ist darauf angewiesen, dass die Bürger sich in ihr engagieren, dass sie solidarisch ihren Mitbürgern gegenüber handeln, dass sie im Sinne der aktiven Bürgergesellschaft Verantwortung leben. Erst dann werden auch die Wertvoraussetzungen der Demokratie erfüllt. Der demokratische Verfassungsstaat lebt vom aktiven, verantwortlich handelnden Bürger. „Demokratie heißt, sich in seine eigenen Angelegenheiten einzumischen“, sagt Max Frisch.

„Eine echte Demokratie ist nicht nur das Ergebnis einer formalen Einhaltung von Regeln, sondern die Frucht einer überzeugten Annahme von Werten, die die demokratische Vorgehensweise inspirieren: die Würde jeder menschlichen Person, die Achtung der Menschenrechte, die Anerkennung des »Gemeinwohls« als Ziel und maßgebendes Kriterium des politischen Lebens.“ So die Definition des Kompendiums der Soziallehre der Kirche aus dem Jahre 2004.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

SALZBURG / ÖSTERREICH

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

27. September 2009

Wir sollten uns gelegentlich daran erinnern, dass eine solche Definition zwar auf Antike, Judentum und Christentum fußt, aber erst am Ende eines jahrhundertelangen Prozesses steht und dass sie nicht für alle Weltkulturen selbstverständlich ist.

Wir sollten nicht vergessen, dass auch unsere Kirche sich erst spät zu einem klaren Bekenntnis zur Demokratie durchgerungen hat, und wir sollten im notwendigen Dialog der Weltkulturen gelegentlich etwas weniger ungeduldig sein, z. B. im Dialog mit dem Islam.

Der amerikanische Islamwissenschaftler Muqtedar Khan schreibt, „dass der Islam an sich kein Hindernis für Demokratie, Gerechtigkeit und Toleranz in der muslimischen Welt darstellt, sondern sie vielmehr erleichtert. Damit dies aber geschehen kann, müssen die Muslime sich auf ihre Wurzeln besinnen und diese im Licht der zeitgenössischen Wirklichkeit und Komplexität neu verstehen lernen.“

Der Islam, so sieht es die weit überwiegende Zahl der Islamwissenschaftler, steht der Demokratie nicht entgegen, aber sich auf seine eigenen Wurzeln zu besinnen, braucht Zeit, mitunter sehr viel Zeit!

Der Weg unserer Kirche zur Anerkennung der Demokratie war nach 1789 lang und mühsam. Zu groß war zunächst die historische Spannung zwischen der Katholischen Kirche und der antichristlichen, antikirchlichen, antikatholischen Position der Französischen Revolution. Die Kirche tat sich schwer, zur Demokratie als Regierungsform ein uneingeschränkt positives Verhältnis zu finden. Weniger in den Vereinigten Staaten, wohl aber zur Vorstellungswelt der europäischen Demokratie.

In weiten Kreisen der Katholischen Kirche galt die Demokratie als ein der Kirche, dem Glauben und der Religion diametral entgegengesetztes Prinzip. Es sollte lange dauern, bis sich die Kirche vom problematischen Ziel eines „katholischen Staates“ trennte und die religiös-weltanschauliche Neutralität des demokratischen Verfassungsstaates voll akzeptierte.

Leo XIII. wollte die Kirche „aus der geistig-kulturell-politischen Isolation“ herausführen. Er

hat versucht, „tragfähige Brücken“ zur modernen Gesellschaft zu bauen.

In seiner Enzyklika „Libertas praestantissimum“ von 1888 erklärt er die Neutralität der Kirche gegenüber den verschiedenen Staatsformen. Aber erst die Erfahrung mit dem Faschismus, dem Nationalsozialismus und dem marxistischen Sozialismus haben die Kirche immer deutlicher und immer nachdrücklicher zu einer Befürworterin des demokratischen Verfassungsstaates werden lassen.

56 Jahre nach Leo XIII. kommt es bei Pius XII. wieder zu offiziellen päpstlichen Äußerungen zur Demokratie. Er geht auf die Frage der äußeren Organisation der Demokratie nicht näher ein, stellt aber sittliche Grundregeln für die Bürger in einer Demokratie und für die Inhaber öffentlicher Gewalt auf, die erfüllt sein müssen, wenn diese Regierungsform ihren Zweck, Freiheit und Menschenwürde zu sichern, gerecht werden soll.

Insbesondere in seiner Radiobotschaft vom 24. Dezember 1944 wirbt er – die Verwüstungen des Zweiten Weltkriegs vor Augen – eindeutig für die Demokratie, bewertet sie positiv und zeigt zugleich die grundlegenden Charakteristika eines demokratischen Verfassungsstaates auf. „Durch bittere Erfahrung belehrt, widersetzen sich (die Völker) mit größerem Nachdruck den ausschließlichen Befugnissen einer diktatorischen, unkontrollierbaren und unantastbaren Macht und fordern ein Regierungssystem, das mehr im Einklang steht mit der Würde und der Freiheit der Bürger. Bei diesen aufgeregten Menschenmengen, die durch den Krieg bis in die tiefsten Schichten aufgewühlt sind, hat heute die Überzeugung um sich gegriffen – zunächst vielleicht unbestimmt und unklar, aber fortan unabweislich –, daß die Welt nicht in den verhängnisvollen Wirbel des Krieges hineingezogen worden wäre, wenn die Möglichkeit bestanden hätte, die Tätigkeit der öffentlichen Gewalt zu überprüfen und zu berichtigen, und daß es, um für die Zukunft eine Wiederholung einer ähnlichen Katastrophe zu vermeiden, notwendig ist, im Volke selbst wirksame Sicherungen zu schaffen.“

Mit Johannes XXIII. und seiner Enzyklika „Pacem in terris“, in der er Pius XII. 35 Mal zitiert, kommt das Bekenntnis zur Demokratie voll

27. September 2009

zum Durchbruch, auch insofern macht er die Fenster der Kirche weit auf und lässt frische Luft herein.

Das Zweite Vatikanum bekennt sich in „Gaudium et spes“ eindeutig zu einer freiheitlichen Demokratie: „In vollem Einklang mit der menschlichen Natur steht die Entwicklung von rechtlichen und politischen Strukturen, die ohne jede Diskriminierung allen Staatsbürgern immer mehr die tatsächliche Möglichkeit gibt, frei und aktiv teilzuhaben an der rechtlichen Grundlegung ihrer politischen Gemeinschaft, an der Leitung des politischen Geschehens, an der Festlegung des Betätigungsbereichs und des Zwecks der verschiedenen Institutionen und an der Wahl der Regierenden.“ Der demokratische Rechtsstaat erfüllt seine ihm obliegende Pflicht, wenn ein „wirksamer und nach allen Seiten hin unabhängiger Schutz der Rechte gegeben ist.“

„Seit Pacem in terris und dem II. Vatikanischen Konzil bekennt sich die Kirche zum demokratischen Pluralismus, sofern er an einem vorstaatlichen Verständnis der Menschenrechte, insbesondere auch der Religionsfreiheit festhält.“ (Lothar Roos, Seite 141)

In „Centesimus annus“ schreibt Johannes Paul II. 1991 – unter dem Eindruck des welthistorischen Umbruchs und seiner eigenen Erfahrung in der „Volksdemokratie“ Polens: „Die Kirche weiß das System der Demokratie zu schätzen, insoweit es die Beteiligung der Bürger an den politischen Entscheidungen sicherstellt und den Regierten die Möglichkeit garantiert, sowohl ihre Regierungen zu wählen und zu kontrollieren als auch dort, wo es sich als notwendig erweist, sie auf friedliche Weise zu ersetzen.“ Die Demokratie wird in „Centesimus annus“ mit dem personalen Menschenbild und dem Rechtsstaat verbunden. Die Demokratie ist heute auch zu einer Erfolgsgeschichte unserer Kirche geworden.

Mit anderen Worten: Die universale Verbreitung und auch die Gefährdung der Demokratie hat für uns Christen grundsätzliche Bedeutung und sie nimmt uns in Pflicht. Unsere politische Ordnung fordert gebieterisch die Mitarbeit der Christen. „Sehr viel muss getan werden und alle Anstrengungen sind notwendig, dass die Demokratie [...] in der industriellen Massenge-

sellschaft eine gute Staatsform werde oder bleibe und nicht ihrerseits in totalitäre Willkür umschlage.“ (Hans Maier, Seite 26)

Zurück nach Deutschland, in unser eigenes Land: Erinnern wir uns, in der Weimarer Republik, also vor achtzig Jahren, war das Bekenntnis der deutschen Katholiken zur demokratischen Staatsordnung keineswegs selbstverständlich. Der Konflikt zwischen Monarchisten und Republikanern brach immer wieder auf. Verwiesen sei nur auf den 66. Katholikentag in München im August 1922.

Erst die Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Diktatur ließen keinen Zweifel mehr. Wenn auch die Vorstellungen über ihre konkrete Ausgestaltung einer demokratischen Neuordnung weit auseinandergingen – z. B. bei den Kreisauern. Wenn wir überleben sollten, wenn wir ein zweite Chance bekommen sollten, musste die Lehre aus Weimar gezogen werden. Ein Neubeginn war nur auf dem Fundament der christlichen Soziallehre, der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik und mit einem uneingeschränkten Bekenntnis zur Demokratie möglich. Sicher, das war nach 1945 auch die Vorgabe der Alliierten, formal auch der Sowjetunion, aber entscheidend war, es war der Wunsch der Deutschen.

Ich zitiere Konrad Adenauer, am 1. März 1946 zum ersten Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone gewählt, aus seiner programmatischen Rede in der Kölner Universität am 24. März 1946: „Wir wollen, dass Deutschland neu entsteht. Wir wollen nicht das Bismarck-Reich unter preußischer Führung, wir wollen nicht das zentralistische Deutschland des Nationalsozialismus, wir wollen nicht den deutschen Staatenbund [...], wir wollen, dass ein Bundesstaat geschaffen wird, ein Bundesstaat, dessen Zentralgewalt das bekommt, was zum Bestehen des Ganzen vernünftigerweise nötig ist, aber auch nicht mehr als das.“

Eine neue Parteienlandschaft entsteht. Bekennende Katholiken und bekennende Protestanten überwinden die konfessionellen Schranken und gründen die Union. Das „C“ wurde als Verpflichtung und nicht als Anspruch verstanden. Das ist auch heute noch so, auch wenn sich vieles in der Tat verändert hat. Nur noch ein Drittel der deutschen Bevölkerung gehört der

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

SALZBURG / ÖSTERREICH

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

27. September 2009

katholischen Kirche an, ein Drittel der evangelischen. Die Bindung der Gläubigen an ihre Kirche ist lockerer geworden. Ein Aufruf der Bischofskonferenz oder des Zentralkomitees, die Union zu wählen, hat es zur heutigen Bundestagswahl nicht gegeben. Dass eine evangelische Pastorentochter aus Brandenburg Parteivorsitzende werden und ihm als Kanzlerin folgen würde, konnte Konrad Adenauer, der rheinische Katholik, nicht voraussehen. Und doch – ich bin mir da sehr sicher: Er hätte heute CDU gewählt. Heute Abend werden wir wissen, welche Wahlentscheidung die Katholiken getroffen haben.

Die Stabilität unserer Bundesrepublik beruht auf dem Grundgesetz. Eine demokratische Verfassung, die in der Welt als vorbildlich gilt, jedenfalls als die beste Verfassung, die Deutschland je hatte. Zu ihren Grundentscheidungen gehört, dass sich die Bundesrepublik Deutschland als „wehrhafte Demokratie“ versteht, in der die Freiheit nur gesichert werden kann, wenn auch die Macht der Mehrheit begrenzt ist. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung steht nicht zur Disposition. Grundlegende Verfassungsprinzipien sind jeder Änderung entzogen (die „Ewigkeitsklausel“ des Artikels 79, Absatz 3). Sein Kernsatz, Artikel 1, Satz 1, „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, ist die zentrale Antwort auf den Nationalsozialismus und nach dem Beitritt der jungen Länder auch auf den Sozialismus in der deutschen Geschichte. Und die Stabilität der Bundesrepublik Deutschland beruht auch auf der Entscheidung für die „Dritte Idee“ zwischen Kommunismus und Kapitalismus, wie Alfred Delp das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft benannt hat.

Unsere Demokratie ist eine Erfolgsgeschichte, ein Glücksfall unserer jüngeren Geschichte. Darauf kann man stolz sein, und wir sollten stolz darauf sein. Man darf sich sogar freuen, soweit wir Deutsche uns erlauben, sich über etwas zu freuen.

Aber die Geschichte geht weiter. Der Zerfall des Ostblocks, das weltweite Scheitern des Kommunismus war in der Tat nicht das Ende der Geschichte, nur Kapitel sind abgeschlossen. Ein neues Kapitel ist aufgeschlagen, jeden Tag wird an ihm geschrieben, in Salzburg, in Wien, in München, in Berlin, in Washington und Moskau und anderswo, jeden Tag eine Zeile.

Politische Systeme – wir haben es ja erlebt – sind dem Wandel unterworfen und sie sind, worauf Horst Möller – der Münchner Historiker – zu Recht hinweist, auch vom Untergang bedroht. „Tröstlich ist das Wissen, dass Diktaturen untergehen, bedrohlich aber die Befürchtung, dass dies auch für Demokratien gelten könnte.“ (S. 380) Vergessen wir nicht, die meisten Diktaturen im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts entstanden, weil Demokratien scheiterten. Wir sollten also auf der Hut sein, der Erfolg unserer Geschichte sollte uns ermutigen und nicht lähmen. Wir sollten auch bedenken, Gegenwart und Zukunft werden die heutige und die kommende Generation nicht weniger fordern. Eine schwierige Wegstrecke liegt vor uns. Mit der neuen Legislaturperiode beginnen schwere Zeiten, selbst wenn es gelingt, die Weltwährungskrise und die Weltwirtschaftskrise in den Griff zu bekommen.

Die Chancen und Risiken der Globalisierung, mit der wir uns nicht rechtzeitig genug auseinandergesetzt haben, die steigende Gefährdung unserer Umwelt, die gravierende Veränderung der Alterspyramide, die Versorgungslücke für Rentner und Pensionäre, die noch nicht zum Abschluss gebrachte Gesundheitsreform, die Probleme der Migration, die eklatante und alle bisherigen Dimensionen sprengende Staatsverschuldung und die hohen Zinsleistungen, der Streit um die Zukunft unserer Schulen, der von unserer Seite nicht ernst genug genommen wird und die Debatte um die zukünftige Struktur unserer Hochschulen, um nur einige Stichworte zu nennen, stehen auf der Tagesordnung der Zukunft. Das Haus Europa ist noch nicht wetterfest. Mit der Ratifizierung des Lissabon-Vertrages, wenn sie denn zustande kommt, ist lediglich ein weiterer Schritt getan.

Das Bundesverfassungsgericht hat es Deutschland durch sein jüngstes Urteil nicht leichter gemacht. Einem der Vorreiterstaaten der europäischen Einigung sind die Flügel beschnitten worden. Gerade weil das Bundesverfassungsgericht zu Recht hohes Ansehen genießt, darf es nicht außerhalb jeder Kritik stehen. Und wir sollten auf unsere politische und staatliche Ordnung achten, damit wir in guter Verfassung bleiben.

27. September 2009

Denn Haarrisse sind unübersehbar. Die Verdrossenheit über Politik und Politiker, die Geringschätzung der gewählten Volksvertreter – sie gelten als abgehoben, weltfremd, raffgierig – nimmt bedrohliche Ausmaße an. Jeder dritte Deutsche glaubt nicht, dass die Politik in der Lage ist, gravierende Probleme der Gesellschaft zu lösen, in Ostdeutschland jeder zweite. Wir dürfen uns daran nicht gewöhnen.

Die Wahlbeteiligung sinkt. Die traditionelle Parteienlandschaft scheint sich offenkundig zu verändern. Die Integrationskraft der beiden Volksparteien schwindet. In einigen Ländern hat die SPD den Charakter einer Volkspartei verloren. Die CDU ist genügsam geworden. Sie ist schon stolz darauf, wenn sie noch 35 Prozent erreicht.

Die Parteien haben gelernt, auf die Bürger zu hören. Sie eifern danach „nahe bei den Menschen zu sein“. Das ist erfreulich, aber sie verlernen zu führen. Den Menschen Ziele aufzuzeigen und für als notwendig erkannte Entscheidungen zu kämpfen, selbst wenn sie unpopulär sein mögen – das aber ist auch Auftrag von Parteien im demokratischen Verfassungsstaat. Afghanistan ist dafür nur das jüngste Beispiel. Konrad Adenauer hat die Wiederbewaffnung durchgesetzt, Helmut Kohl den Nato-Doppelbeschluss, obwohl große Mehrheiten anfänglich dagegen standen. Manche Festlegungen des Grundgesetzes – so die erschwerte Auflösung des Bundestages, das konstruktive Misstrauen bei der Abwahl eines Bundeskanzlers, die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung und nicht durch das Volk, die Ablehnung von Plebisziten auf Bundesebene und die föderale Struktur der Bundesrepublik – erklärten sich den Mitgliedern des Parlamentarischen Rates aus der am eigenen Leib gemachten Erfahrung. Die heutige Generation verlangt nach Begründungen auch aus der Sache heraus, nicht nur aus der Geschichte.

Der Föderalismus in Deutschland, die föderale Struktur der Bundesrepublik befindet sich in einer ernsten Krise. Die Forderung nach Einheitlichkeit wird lauter und populärer, vom Schulsystem bis zum Rauchverbot. Dass er Macht teilt und beschränkt, den Wettbewerb fördert und nicht mit Mittelmaß zufrieden ist und dass er neue Wege erprobt, wird kaum

mehr beachtet. Der Bundesrat sollte sich wehren.

Die von mir beispielhaft benannten Herausforderungen sind kein Grund zu resignieren. Im Gegenteil, sie sind Grund, sich zu engagieren. Nicht weil die Demokratie eine Erfolgsgeschichte ist. Obwohl sie eine Erfolgsgeschichte ist, müssen wir uns der Aufgaben bewusst sein, die vor uns liegen. Weil sich politische Systeme nur als lebensfähig erweisen, wenn sie in der Lage sind, fundamentale Herausforderungen zu bewältigen, wenn Demokratien sich ihrer Geschichte, aber auch ihrer künftigen Herausforderungen bewusst sind.

In einem 1815 im Rheinischen Merkur veröffentlichten fiktiven Gespräch „Der Kaiser und das Reich“ lässt Joseph Görres einen Grafen sagen: „Ich muß lachen, wenn ich sehe, wie man Verfassungen wie Seifenblasen bläst, daß sie schwellen und schillern in bunten und wechselnden Lichtern, aber dann mit einem Ruck zerplatzen [...]. Über Nacht soll ein solches Werk fertig werden und ganz dastehen, haltbar und fest und auf lange Zeiten, und man bedenkt nicht, daß Jahrhunderte daran bauen müssen, daß es allmählich aus dem Innern eines Volkes erwachsen und aufgrünen muß und in stiller Wirksamkeit sich allmählich stärken.“

Görres spricht hier die Voraussetzungen eines demokratischen Verfassungsstaates an. Demokratie, so hat die deutsche Geschichte bitter gelehrt, braucht Demokraten. Sie braucht Zeit, sich zu festigen, und sie muss sich stetig bewähren, heute und in Zukunft. Als Bundespräsident Horst Köhler am 22. Mai sagte: „Wir blicken zurück und erkennen: Wir haben viel gelernt und viel geleistet. Wir können stolz sein auf das Erreichte“ fügte er an: „Wir sind uns der neuen großen Herausforderungen bewusst. Wir werden uns bewähren.“ Nur mit dem Bewusstsein für ihre Herausforderungen und dem Willen zur Gestaltung wird die Demokratie auch in Zukunft eine Erfolgsgeschichte sein.